



Die Präsidentin

An die Landesarbeitsgemeinschaften der
Freien Wohlfahrtspflege in den
Bundesländern

Ihr Zeichen, Ihr Datum

Unser Zeichen

Telefon-Durchwahl

Datum

18.02.2019

Anschubfinanzierung der Pflegeschulen

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Anschubfinanzierung der Pflegeschulen ist eine der wichtigsten Forderungen der Freien Wohlfahrtspflege im Hinblick auf die Umsetzung des Pflegeberufgesetzes. Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege geht derzeit von einem Finanzierungsbedarf von rund 394 Millionen EUR aus.

Trotz intensiver Bemühungen ist es uns leider nicht gelungen, eine Anschubfinanzierung für die im Zusammenhang mit der Umstellung auf die neue Pflegeausbildung eingehenden einmaligen Mehraufwendungen der Pflegeschulen auf Bundesebene zu erreichen.

Die ursprünglich angedachte Lösung, nach der 50 Prozent der Kosten durch den Bund und 50 Prozent durch die Länder finanziert werden, wird nicht realisiert. Das Bundesgesundheitsministerium hat sich sowohl in Spitzengesprächen mit mir persönlich als auch auf der Arbeitsebene klar dagegen positioniert und sieht die Zuständigkeit voll und ganz bei den Ländern. Das Bundesfamilienministerium hat diese Position mittlerweile ebenfalls bestätigt. Deswegen muss ich Ihnen leider mitteilen, dass von Seiten des Bundes keine monetäre Unterstützung für die Pflegeschulen zu erwarten ist.

Diesen Brief können Sie in Ihren Gesprächen auf Länderebene gerne verwenden. Bitte setzen Sie sich mit Nachdruck dafür ein, dass auf dieser Ebene etwas für die Schulen getan wird. Wir werden unsererseits das Thema auch im Bund weiter ansprechen, um Sie dabei zu unterstützen.

Mit freundlichen Grüßen

Gerda Hasselfeldt